

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

23.10.1928 (No. 248)

Expedition:
Karlsrueher-
Strasse Nr. 14
Vernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 8515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. M.
Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 3.25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifrecher Rabatt, der als Kassendruck gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Eingang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrueher-Strasse 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweise Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in verkürztem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Volksbegehren „Panzerkreuzer“

Am Donnerstag, den 23. Oktober 1928, vormittags 11 1/2 Uhr, findet im kleinen Sitzungssaal des Ministeriums des Innern (Schloßplatz 19, 2. Stod), die Sitzung des Abstimmungsausschusses des 32. Stimmkreises (Baden) zur Ermittlung des endgültigen Eintragungsergebnisses beim Volksbegehren „Panzerkreuzerverbot“ statt.

Zur Frage der Reichsreform

Die Vorschläge des Reichskabinetts

M. Berlin, 23. Okt. (Priv.-Tel.) Das Reichskabinet hat heute auf einstimmigen Beschluß durch Reichskanzler Hermann Müller dem Ausschuss der Länderkonferenz eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, in denen es heißt:

- 1. Die Reichsreform muß auf starker Reichsgewalt beruhen. Der vielfachgestaltigen Eigenart des deutschen Volkslebens und den Erfordernissen sparsamer Finanzgebarung der öffentlichen Haushalte ist Rechnung zu tragen.
2. Eine territoriale Neugliederung ist erforderlich und darf sich nicht auf solche Gebiete beschränken, die infolge Gemeindegrenzen und Lage einzelner Gebiete eine besonders erschwerende und kostspielige Verwaltung haben.
3. Es ist erforderlich, als Glieder des Reichs leistungsfähige Länder bestehen zu lassen. Dafür muß die Verwaltung der Länder (Landtag, Landesregierung, Landespolizei) geprüft werden. Ferner soll geprüft werden, wie die Organisation des Unterbaus in den Ländern nach einheitlichen Grundrissen und Reichsrahmengesetzen eingerichtet werden kann.
4. Die Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen ist im Rahmen der Entlastung erforderlich. Deshalb ist zu klären, wie in diesem Fall das Verhältnis des Reichs zu den übrigen Ländern und die Zusammenfassung des Reichsrats gestaltet werden soll.
5. Verwaltungsbezirke des Reichs und Ländergrenzen sind nach Möglichkeit einander anzupassen.
6. Dieser eine Punkt beschäftigt sich mit der Auftragsverwaltung, wobei besonders bemerkenswert ist, daß bei Anweisungen der Reichsregierung, welche die Länder ausführen, sie die Verantwortung nicht gegenüber dem Landtag, sondern gegenüber dem Reichstag tragen.
7. Hier wird gefragt, es sei zu prüfen, inwieweit den Ländern im Weg der Eigenverwaltung Aufgaben übertragen werden können, die nicht als Lebensfragen der Nation, sondern im Auftrag des Reichs zu erledigen sind, wobei sich das Reich mit einer Oberaufsicht von Gesetzen begnügt.
8. Für die beiden Grundfragen, einmal Abgrenzung, sodann Zuständigkeit der Länder sollen zwei Ausschüsse eingesetzt werden.

Einigungsverhandlungen zwischen den Beamtengewerkschaften

Zwischen den Spitzengewerkschaften der deutschen Beamtenschaft, dem Deutschen Beamtenschaftsverband und dem (freigewerkschaftlichen) Allgemeinen Deutschen Beamtenschaftsverband, wie die „Köln. Bztg.“ erfährt, erneut Verhandlungen über einen Zusammenschluß stattgefunden. Eine Einigung ist bisher nicht erzielt worden. Die Haupt Schwierigkeit besteht wohl vorläufig ebenso wie vor zwei Jahren in der Behandlung der gemischten Gewerkschaften, denen außer Beamten auch Arbeiter und Angestellte angehören. Es ist sehr zweifelhaft, ob es unter diesen Umständen möglich sein wird, eine Einigung zwischen den beiden Spitzengewerkschaften zu erzielen.

Die Generalratswahlen in Frankreich

Infolge der Ereignisse der letzten Tage, insbesondere der Spaltungen, die sich im zweiten Wahlgang zu den Generalratswahlen zwischen Autonomisten und Nationalisten bemerkbar machten, hat, wie aus Straßburg gemeldet wird, der Präsident der katholischen Volkspartei, der Abg. Seitz, seine Demission gegeben. Dieser Rücktritt dürfte ernste Folgen in der politischen Konstellation im Elsaß nach sich ziehen. In seinem Kommentar zu den Wahlen in den Generalrat bedauert das „Journal“ die Wahl von fünf Autonomisten im Elsaß, wogegen der Mißerfolg der zwei Autonomistenführer, Dahlet und Schall, mit Befriedigung festgestellt wird. Schließlich, so meint das Blatt, änderten die Wahlen nicht viel an der politischen Zusammensetzung der Generalräte, die in ihrer großen Mehrheit Anhänger der Politik der nationalen Einigung waren und bleiben werden.

Sensationelle Wendung der St. Ingberter Sparkassenangelegenheit. Der mit der Vereinigung der Sparkassenangelegenheit betraute erweiterte Sparkassenausschuss hat jetzt schlüssige Beweise dafür, daß sowohl Bürgermeister Dr. Rempp, der Vorsitzende des Sparkassenausschusses, wie auch der Staatskommissar der Regierung, Oberregierungsrat Dr. Heim, die beide von der Regierung ihres Dienstes enthoben wurden, aber die Mitschuld an den Geschäften mit den Balliawerken bestritten, die Geschäfte mit diesem Unternehmen mitgetätigt haben.

Zusammenstöße zwischen Juden und Arabern in Jerusalem. An der Mauer in Jerusalem kam es zwischen Juden und Arabern zu Kollisionen. Die Polizei konnte die Ordnung wieder herstellen. Ein Araber wurde festgenommen.

Letzte Nachrichten

Churchill über die Reparationsfrage

W.B. London, 23. Okt. (Tel.) Schatzkanzler Churchill sprach gestern abend in Ghingsford über die Reparations- und die Kriegsschuldenfrage. Er führte u. a. aus, in diesen wichtigen Fragen sei jetzt besonders zwischen den großen Ländern eine verständlichere Stimmung vorhanden. Wir haben — fuhr Churchill fort — unsere Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, an einer Konferenz über die Reparationen teilzunehmen, und wir werden unser Möglichstes tun, jedes gute Abkommen, das abgeschlossen werden mag, zu fördern. Churchill fügte hinzu, er sei gegenüber Deutschland nur von guter Stimmung erfüllt, aber er sehe es nicht gern, daß sich Macdonald den Beifall des deutschen Parlaments gewinne, weil er bekanntlich während des Krieges eine deutschfreundliche und antibritische Haltung eingenommen habe.

W.B. London, 23. Okt. (Daily Telegraph) meldet aus Paris: Der Meinungsaustrausch, der am Freitag zwischen Churchill und Poincaré stattfand, hat, wie verlautet, dazu geführt, daß Churchill die These Poincarés angenommen hat, die bereits von Pariser Gilbert gebilligt wurde, wonach bei einer evtl. Reparationsregelung Frankreich das erhalten muß, was es zur Bezahlung seiner britischen und amerikanischen Gläubiger braucht, und außerdem noch einen Überschuß, der einen erheblichen Teil der Summe darstellt, die Frankreich für seine zerstörten Gebiete ausgeben hat. Es wird berechnet, daß eine deutsche Annuität von ungefähr 100 oder 110 Millionen Pfund Sterling (1), die ebenso lange laufen würde, wie die an Amerika zu zahlenden Annuitäten, diese Bedingungen erfüllen würde. Der Korrespondent bemerkt noch, daß Poincaré sich der besonderen Forderung der belgischen Regierung wegen der Rückzahlung der 6 Milliarden Mark, die von den deutschen Behörden während der Besetzung ausgegeben wurden, günstig gezeigt habe.

Ein polnisch-danziger Zwischenfall

W.B. Genf, 22. Okt. (Tel.) Zu der Konferenz zur Vermeidung von Doppelbesteuerung und Steuerflucht hatte sich am Einladungs des Generalsekretariats des Völkerbunds auch als Sachverständiger der Danziger Regierung Staatsrat Dr. Rademann eingeschrieben, der jedoch auf polnischen Einspruch hin zunächst nur in inoffizieller Eigenschaft und als Beobachter den Verhandlungen beizuwohnen kann. Der polnische Delegierte, Prof. Jaleski, stellte sich auf den Standpunkt, daß für die gegenwärtige Zusammenkunft eine Danziger Delegation gebildet werden müßte, wobei Polen nach den bestehenden Abmachungen den ersten Vertreter für Danzig zu stellen hätte. Aus dem Einladungs schreiben geht aber deutlich hervor, daß es sich bei der gegenwärtigen Konferenz nicht um eine diplomatische, sondern um eine Konferenz von Sachverständigen handelt.

Die Stabilisierung in Rumänien

W.B. Bukarest, 23. Okt. (Tel.) In unterrichteten Kreisen wird berichtet, daß die Verhandlungen über die Stabilisierungsanleihe als beendet angesehen werden können. Die Anleihe soll in den ersten Novembertagen abgeschlossen und die Gesetzgebung über die Währungsstabilisierung bis zum 15. November verabschiedet werden. Zu diesem Zweck sind die Entwürfe zu Abkommen zwischen dem Staat und den die Anleihe übernehmenden Banken, zwischen dem Staat und der Nationalbank über die Neubewertung des Goldbestandes und die Tilgung der Schulden des Staates bei der Notenbank, sowie zwischen der Nationalbank und der ausländischen Emmissionsbank, die sich verpflichtet, die Stabilität der Währung gegenüber der Spekulation aufrechtzuerhalten, fertiggestellt worden.

Terrorhandlungen in Nicaragua

W.B. Washington, 23. Okt. (Tel.) Beim Staatsdepartement ist von einem amerikanischen Offizier, der zur Überwachung der Wahlen in Nicaragua weilt, die Nachricht eingegangen, daß von angeblichen Anhängern des Generals Sandino in der Nacht zum 1. Oktober in dem Dorfe San Marco unerhörte Grausamkeiten verübt worden seien, um die Eingeborenen von der Teilnahme an den Novemberwahlen abzuhalten. So habe man einigen von ihnen Ohren und Nasen abgeschnitten. Der Vorfall sei durch einen Mann bekannt geworden, den ein amerikanisches Flugzeug ge rettet habe.

Störung einer sozialdemokratischen Feier. Bei einer Gedenkfeier an das Sozialistengesetz in Höchst a. M., in der Reichstagsabgeordneter Philipp Scheidemann die Festrede hielt, wurde von einem der anwesenden Rechtsradikalen eine Tränengasbombe in den Saal geworfen. Die Anwesenden verließen fluchtartig den Saal. Die Versammlung mußte unterbrochen werden. Erst nachdem der große Raum ausgiebig gelüftet worden war, konnte die Feier fortgesetzt werden. Der Täter ist in der allgemeinen Verwirrung entkommen.

Verhandlungen in der Eisenindustrie. Die Einigungsverhandlungen vor dem Schlichter im Lohnstreit bei der nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie in Düsseldorf sind gescheitert. Es wurde daraufhin eine Schlichterkammer gebildet, die Montag nachmittag zusammentrat und sich schließlich auf Donnerstag vertagte.

Gegen Doppelbesteuerung und Steuerflucht. In Genf wurde die Internationale Konferenz zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen und Steuerflucht eröffnet. 30 Regierungsveterate von 28 Staaten sind anwesend.

* Zentrum, Grosse Koalition und Deutschnationale

Daß die Zentrumspar tei bereit ist, sich nunmehr in aller Form an der Großen Koalition zu beteiligen, hat dieser Tage Reichskanzler a. D. Dr. Marx in einer Rede ausdrücklich betont. Und zwar sind die führenden Männer der Zentrumsfraktion in dieser Hinsicht alle vollkommen einer Meinung. Wie Dr. Marx erklärt, benötigen wir für die kommende Zeit, angesichts der schweren Aufgaben, die uns harren, eine starke und dauerhafte Regierung. „Nach der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstages kann als eine starke, auf eine Mehrheit sich stützende Koalition nur die Große Koalition bezeichnet werden.“ Die Zentrumspar tei werde sich Verhandlungen mit dem Ziele der Bildung einer solchen Koalition nicht entziehen. Angeregt oder eingeleitet werden müßten diese Verhandlungen jedoch vom Reichskanzler bzw. von der größten an der Regierung beteiligten Partei, also der Sozialdemokratie. Bevor das Zentrum eine neue Koalition schließe, werde es sich über einige strittige Punkte noch einigen müssen. Es habe keinen Zweck, leichtsin eine Koalition einzugehen, wenn man dann Gefahr läuft, daß sie bei der ersten strittigen, politischen Frage auseinanderfällt.

Mit diesen strittigen politischen Punkten meint Dr. Marx offenbar in erster Linie die Panzerkreuzerfrage und die Frage des Nationalfeiertags. In beiden ist noch keine Übereinstimmung innerhalb der für die Große Koalition in Betracht kommenden Parteien erzielt worden. Auch die Frage der Koalitionserweiterung in Preußen ist ja noch offen. Und auch sonst gibt es noch einige Punkte, so vor allem auf den Gebieten der Steuer- und Wirtschaftspolitik, über die man sich vorher auszusprechen hätte.

So, wie die Dinge liegen, ist wohl kaum anzunehmen, daß bei den Verhandlungen über alle diese Punkte eine Übereinstimmung nicht herbeigeführt werden wird. Dadurch, daß die Deutschnationale Volkspartei zur schroffen Opposition übergegangen ist und ihre Feindschaft gegenüber allem, was neuer Staat heißt, leidenschaftlich betont, wird für die übrigen, staatserkhaltenden Parteien geradezu ein Zwang zu gemeinsamem Arbeiten geschaffen. Der Deutschen Volkspartei, die bisher auf lose Zugschuldung mit den Deutschnationalen höchsten Wert legte, ist durch die Radikalisierung dieser Partei eine neue Situation entstanden. Auch dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei wird es nunmehr leichter werden, ohne die Deutschnationalen auszukommen. Die Sozialdemokratie hat kein Interesse daran, das Zustandekommen der Großen Koalition zu erschweren oder gar unmöglich zu machen. Durch Rücksichten auf die Kommunisten braucht sich die Sozialdemokratie erst recht nicht beirren zu lassen, zumal, nachdem jetzt die Möglichkeit der kommunistischen Bewegung bei dem Volksbegehren so offenbar geworden ist.

Wie aufmerksam man auch im Zentrum die Entwicklung der Deutschnationalen Volkspartei verfolgt, zeigt gerade die eben zitierte Rede von Dr. Marx. Seiner Meinung nach ist die Wahl Hugenberg's ein Vorgang, der nicht ernst genug zu werten ist. Denn sie stelle „eine Bedrohung des inneren Friedens in Deutschland“ dar. Wenn man diese Entwicklung bei den Deutschnationalen in Verbindung mit der von ihnen gebilligten Proklamation des Stahlhelms betrachtet, so müßte man sagen, daß der Satz: „ein Schutz der Republik sei nicht mehr nötig, jetzt nicht mehr stimmt.“

Diese Ausführungen von Dr. Marx sind sehr bedeutungsvoll. Es ist kein radikaler oder temperamentvoller Politiker, von dem sie stammen. Dr. Marx ist bekannt dafür, daß er mit Ruhe und ohne unnötige Aufregung an die Dinge herantritt. Und noch bis vor kurzem war er ja der Kanzler eines Kabinetts, dem die Deutschnationalen angehörten. Wenn ein solcher Mann von einer Bedrohung des inneren Friedens durch die Deutschnationalen spricht und offen erklärt, die Auffassung, daß ein Schutz der Republik nunmehr überflüssig sei, treffe nicht mehr zu, dann wird niemand den gewichtigen Ernst solcher Worte verkennen wollen. Jedenfalls ist die Beurteilung, die man heute im Zentrum den Deutschnationalen angedeihen läßt, sehr wesentlich verschieden von der Beurteilung, wie sie noch zu Beginn dieses Jahres, zur Zeit der Regierung der Rechtskoalition im Reich, dort anzutreffen war. Die Deutschnationalen unterlassen allerdings ihrerseits nichts, um einen solchen Wandel in der Beurteilung zu fördern. Und Herr Hugenberg wird sich nicht zu wundern brauchen, wenn er sieht, daß alle übr-

gen Parteien des Reichstags — mit Ausnahme der nicht allzu belangreichen Deutschholländischen — seiner Partei ablehnend gegenüberstehen. Vielleicht macht ihm diese Tatsache einseitigen Spaß. Aber man weiß nicht recht, ob sie auch allen seinen Gesinnungsgenossen innerhalb der deutschnationalen Reichstagsfraktion Spaß machen würde.

Die Länderkonferenz

Allgemeine Aussprache

Der Reformauschuß der Länderkonferenz hat seine heutige erste Sitzung am Montag um 2 Uhr unterbrochen, um die Beratungen nach der Mittagspause um 4 Uhr fortzusetzen. Am Vormittag erstatteten nacheinander die drei Referenten, Ministerialdirektor Dr. Brecht (Preußen), Ministerialdirektor Dr. Pösch (Sachsen) und Ministerpräsident Dr. Selb (Baden), ihre Berichte. Sie beschränkten sich dabei im wesentlichen auf eine Wiedergabe und Erläuterung der Hauptgesichtspunkte der bereits veröffentlichten Denkschriften ihrer Länder. Nur Ministerpräsident Dr. Selb knüpfte daran auch bereits eine kritische Stellungnahme zu den gesamten aufgeworfenen Problemen, so daß dadurch, wie Reichskanzler Müller feststellte, die allgemeine Aussprache bereits eröffnet wurde. Im übrigen legte Ministerpräsident Dr. Selb Wert darauf, daß im Ausschuß vor allem die Gravamina behandelt werden, d. h. die Schwierigkeiten, die sich im praktischen Verfassungsleben gezeigt haben und weniger die theoretischen Probleme des allgemeinen Staatsrechts.

In der Aussprache ergriß als erster Redner der heftigste Staats- und Ministerpräsident Adelung das Wort. Dann sprachen der Reichskanzler Müller, der sächsische Ministerpräsident Dr. Selb, der Bürgermeister von Hamburg, Dr. Petersen, der Reichsjustizminister Koch-Weser, Ministerialdirektor Dr. Brecht, Geh. Justizrat Prof. Dr. Triepel, Staatspräsident Dr. Remmele-Baden, Staatspräsident Dr. Holz-Württemberg, der bayrische Ministerpräsident Dr. Selb, Ministerpräsident Deist-Anhalt.

Die Sitzung wurde schließlich auf Dienstag vertagt. Bis jetzt sind 26 Denkschriften eingegangen, davon eine Denkschrift der Reichsregierung, außerdem aber vier des Reichsministers des Innern, eine vom Reichsfinanzminister, sechs vom Spar-Kommissar, je eine von Ministerialdirektor von Lehden für den Reichsrat und vom Statistischen Reichsamt, von Bayern vier, je eine von den Staatspräsidenten von Württemberg und von Hessen, drei von Ministerialdirektor Dr. Brecht (Preußen), eine Denkschrift von Dr. Pösch-Geffter, zwei von Prof. Dr. Nawiast.

Angehts der zahlreichen Probleme, die sich aus diesen Denkschriften ergeben, hat die bisherige Aussprache sich nur in allgemeinen Bahnen bewegen können. Aus Kreisen der Ländervertreter wird betont, daß auf dieser Konferenz vor allen Dingen die Schwierigkeiten besprochen werden müßten, die mit der Zusammenarbeit zwischen Reich und Ländern entgegenstehen, und daß dem gegenüber theoretische Erörterungen zurückzutreten hätten. Die ganze Materie lasse schon jetzt den Schluß zu, daß auch diese Konferenz nur vorbereitenden Charakter habe; von ihrer Entwicklung werde es abhängen, ob sie mit einer gemeinsamen Entscheidung beendet werde oder ob zunächst einmal Unterausschüsse einzusetzen sind, die die Teilprobleme weiter bearbeiten. Man denkt z. B. an einen Ausschuß, der das Verhältnis Preußens zum Reich behandelt, an je einen weiteren für die Enklaven, die Verwaltungsreform und das Verhältnis der außerpreussischen Länder zum Reich. Ein Teil der Konferenzmitglieder hofft, daß die Beratungen heute zu Ende geführt werden. Um dies zu ermöglichen, soll heute unter Umständen ohne Mittagspause weiterverhandelt werden.

Hessen auf der Länderkonferenz

Dem Ausschuß der Länderkonferenz für Verfassungs- und Verwaltungsreform liegt ein umfangreiches Referat des hessischen Staatspräsidenten Adelung vor, das in seinen Schlusssatzungen folgende Bedantengänge enthält: Das Referat geht von der Erkenntnis aus, daß eine radikale Lösung im Sinne der Herbeiführung des Einheitsstaates noch nicht möglich sei. Auch der Dr. Lutherische Lösungsvorschlag sei im gesamten deutschen Interesse abzulehnen. Ein solcher Lösungsversuch würde 7 Millionen Deutsche, die bisher ihre Angelegenheiten selbst verwalteten, in einen unbeschränkt zentralistisch regierten Staat (Reich-Preußen) einbeziehen, wodurch ein zentralistischer Gesamtdeutschland der Weg geebnet würde.

Möglich seien schon jetzt oder doch in absehbarer Zeit Schritte, die geeignet seien, ohne grundsätzliche Änderungen der Reichsverfassung einen einheitlicheren und zweckmäßiger geliebten Deutschland näher zu kommen:

1. In territorialer Beziehung sei außer der Beseitigung von Enklaven und Verbesserung der Grenzverläufe zwischen den einzelnen Ländern vor allem die Frage zu prüfen, ob und an welchen Stellen in Vorbereitung einer günstigeren Neugliederung Deutschlands den Ländern, die nach Größe, Lage, gesamtdeutscher Bedeutung geeignet und dazu bestimmt erscheinen, auch in einem neugegliederten Deutschland Länder zu sein, durch Austausch oder sonstige Vereinbarung mit benachbarten Gebieten nicht schon jetzt die Möglichkeit einer zweckmäßigeren Gestaltung gegeben werden könnte. Es erscheine notwendig, die selbständige Regierungs- und Verwaltungsorganisation derartiger Länder zu erhalten.

2. In dem staatsrechtlichen Verhältnis zwischen Reich und Ländern müsse Klarheit geschaffen werden, welche Nachbefugnisse das Reich zur Wahrnehmung der Reichsinteressen nach außen und innen bedürfe. Eine klarere Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern sei notwendig, um kompetent Entscheidungen zu vermeiden, die zur Stärkung der Reichsgewalt nicht erforderlich seien und einer als notwendig erkannten Dezentralisation geradezu zuwiderlägen. Andererseits müsse es Sache der Länder sein, der notwendigen Erweiterung der Nachbefugnisse des Reiches ihre Zustimmung nicht zu versagen. Im Zusammenhang hiermit könne im Wege der Entwicklung auch schon daran gegangen werden, auf hierzu geeigneten Gebieten im Wege des Auftrages alle oder einzelne Länder für die Erledigung von Reichsangelegenheiten heranzuziehen, um der erstrebten Dezentralisation nach Möglichkeit vorzuarbeiten.

3. In den einzelnen Ländern könne auf dem Wege der Verwaltungsreform vielen Beschwerden abgeholfen werden. Sehr zu begrüßen wäre insbesondere die Angleichung des Aufbaues der Behörden und Selbstverwaltungskörper.

Besuch Parker Gilberts in Brüssel. Nach einer Meldung der belgischen Telegraphenagentur wird für heute, Dienstag, das Eintreffen des Generalagenten für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert, in Brüssel erwartet, der mit Mitgliedern der Regierung über die Frage der Revision des Dawesplans Besprechungen haben wird.

Streik im Hafen von Obingen. In der polnischen Hafenstadt Obingen bei Danzig sind die Seeleute sowie die Hafens- und Transportarbeiter in den Streik getreten.

Das englisch-französische Flottenkompromiß

Die englischen und französischen Veröffentlichungen

Das am Montag vom Foreign Office in London ausgegebene Weißbuch über die englisch-französischen Vereinbarungen in der Flottenfrage beginnt mit Auszügen aus den im Frühjahr 1927 gehaltenen Reden und aus dem britischen und französischen Vertragsentwurf des gleichen Jahres.

Chamberlain stellte zuerst mit Bedauern fest, daß die französische und die englische Auffassung in den beiden entscheidenden militärischen und Marinefragen diametral entgegengesetzt seien. Freiwillige Heere hätten nur defensiven Charakter, während man in den auf der allgemeinen Dienstpflicht beruhenden Heere eine Verkörperung des Prinzips des Offensivkriegs erblicke. In dem Buch heißt es dann weiter, daß England seinen Standpunkt in der Frage der ausgebildeten Heeresreserven nur dann aufgeben könne, wenn Frankreich ein ähnliches Zugeständnis in der Flottenfrage machen werde. Weiter veröffentlicht das Weißbuch die in ihren Einzelheiten bereits bekannten Noten.

Aus dem Inhalt des Weißbuches ist noch zu entnehmen, daß die Vereinbarung durchaus kein Vertrag sei und auch keinen verbindlichen Charakter habe. Die Auffassung, daß ein Tauschhandel vorliege, beruhe auf einem Mißverständnis. Am Schluß des Buches wird gesagt, daß die zustimmende Antwort Japans und die ablehnenden Antworten Amerikas und Italiens gegenwärtig aufmerksam geprüft würden und eine Antwort zu gegebenen Zeit erfolgen werde.

London, 28. Okt. (Tel.) In einem Interview mit dem „Daily Telegraph“ sagte Viscount Cecil über das britische Weißbuch u. a.: In der Frage der ausgebildeten Heeresreserven scheint es mir, daß es schwer und sogar nicht wünschenswert gewesen wäre, als Gegenleistung für ein wirklich gutes Marineabkommen dieses Zugeständnis zu unterlassen. Verträge können nicht von einer Partei der anderen diktiert werden. Im gegenwärtigen Augenblick besteht keinerlei Hoffnung, die Kontinentalländer dazu zu bringen, auf die Dienstpflicht zu verzichten. Damit ist nicht gesagt, daß eine Einschränkung der militärischen Reserven in Ländern mit allgemeiner Dienstpflicht unmöglich ist, aber sie sollte sich eher auf die Quantität als auf die Qualität beziehen. Das Ziel müßte sein, das Heer, so geeignet es auch für Verteidigungszwecke sein mag, ungeeignet für einen Angriff zu machen. Dieser Zustand ist nunmehr in der Schweiz erreicht.

Die französische Regierung hat Montag Abend der Presse den Text des Klausbuches übermittelt, in dem 35 Dokumente veröffentlicht werden, die sich auf die Verhandlungen über das englisch-französische Flottenkompromiß beziehen. Gegenüber dem englischen Weißbuch besteht insofern ein Unterschied, als das französische Klausbuch ein Dokument nicht enthält, nämlich eine Niederschrift über die Unterredung, die Briand am 9. März 1928 mit Chamberlain hatte, und die man als den Ausgangspunkt des Kompromisses bezeichnet hat.

Das Verbot des „Guhrauer Anzeiger“. In dem auf Grund des § 21 des Republikstufengesetzes erfolgten vierwöchigen Verbot des „Guhrauer Anzeiger“ wird aus Breslau mitgeteilt, daß das Verbot durch einen Artikel veranlaßt ist, der sich „Stahlhelm, Volksbegehren und Außenpolitik“ betitelt. Als Verfasser des Artikels zeichnete Prinz Friedrich Wilhelm von der Rippe.

Eröffnung der neuen Bahnlinie Jauern-Belfort. Am Samstag wurde in Anwesenheit Poincarés die neue Bahnlinie Jauern-Belfort, die erste ihrer Eisenbahnlinien eingeweiht, die den engeren Verkehr zwischen dem Elßas und dem übrigen Frankreich quer durch die Vogesen hindurch bemerkenswert fördern. Poincaré erklärte in seiner Rede, daß die Verwirklichung dieser Verbindung an der Unteilbarkeit des Landes mit Hilfe. Die neue Linie habe eine symbolische Bedeutung. Sie sei für die Zukunft von Elßas-Lothringen und Frankreich das Pfand einer unlöslichen Union und ewigen gegenseitigen Zuneigung.

Der Rückflug des Zeppelin

Thomas Cook & Son kündigten, wie aus New York gemeldet wird, an, daß sie auf Grund von Verabredungen mit der Goodhear-Zeppelin Co. den Verkauf von Passagierplätzen für die Rückfahrt des Zeppelins nach Deutschland übernehmen. Damit ist sozusagen das erste Passagierbüro für den Luftschiffverkehr in Amerika eröffnet worden. Die genaue Zahl der Passagiere, die mitgenommen werden können, ist noch unbestimmt. Wie verlautet, sind jetzt schon über 100 Bestellungen für Passagierplätze eingelaufen, von denen etwa 12 berichtigt werden. Der Preis für die Überfahrt soll 3000 Dollar betragen.

In der Fahrt des „Graf Zeppelin“ nach dem mittleren Westen werden außer drei Offizieren der amerikanischen Armee die Unterstaatssekretäre Warner von Marineamt und Waccraden vom Handelsamt teilnehmen. Es verlautet, daß Dr. Edener, um die Lufttüchtigkeit des „Graf Zeppelin“ zu erweisen, fest entschlossen ist, die Fahrt nach den Weststaaten sowohl wie die Rückfahrt nach Deutschland ohne Rücksicht auf die Wetterlage anzutreten.

Wirbelsturm in London

London, 28. Okt. Ein Teil der Londoner City wurde gestern Abend in der neunten Stunde plötzlich von einem kurzen, noch nicht einmal eine halbe Minute dauernden, aber überaus schweren Wirbelsturm heimgesucht. Hunderte von Fensterheben wurden zerbrochen. Mehr als 100 Badendächer und Schilde wurden auf die Straße geworfen. Kamine und Ziegelsteine wurden von den Dächern herabgeschleudert. Der Wind warf eine Anzahl Passanten zu Boden, und die Luft war mit Ruß, Papierstücken, Düten und anderen Gegenständen angefüllt. Das Dach einer Arbeitsvermittlungsstelle wurde abgedeckt. In einem bekannten Kaffee riß der Wind die Türen auf, warf die im Flur stehenden Angestellten um und hürzte zwei große chinesische Schmudvasen auf die Erde. In einem anderen Restaurant wurden die Tischstühle mit den darauffolgenden Schüsseln heruntergeweht, und die Gäste wurden mit Ruß überschüttet. Bemerkenswert ist, daß während dieser Zeit in den übrigen Teilen Londons lediglich starker Regen bei normalem Wind zu spüren war. Nach den bisherigen Meldungen wurden ein Mann und eine Frau verletzt.

Ein Diebstahlprozess in München

In dem Betrugsprozess gegen die Kriminalkommissarheute Schnell wurde Montag nachmittag von dem Strafgericht München das Urteil gefällt. Die Angeklagte Maria Schnell wurde zu vier Jahren und 1 Monat Gefängnis und zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren verurteilt. Der mitangeklagte Ehemann wurde freigesprochen. Die Angeklagte hatte durch falsche Vorzeigungen zahlreichen Personen, darunter vielen Dienstmädchen, Geldbeträge im Gesamtbetrag von rund 270 000 M abgezwängt.

Badischer Teil

Baden und Grenzlandfonds

Auf die Vorstellungen, die am 30. August Reichstagsabg. Dr. Jühr beim Reichsminister für die besetzten Gebiete vom Guérard erhob, hat dieser, wie der „Bad. Post“ mitteilt, nunmehr folgende Antwort gegeben:

„In den Verhandlungen, die von mir mit den beteiligten Länderregierungen über die Verteilung der rechtlichen Mittel für die westlichen Grenzgebiete geführt worden sind, habe ich ebenso, wie in meiner Vertretung Herr Staatssekretär Schmid, den Anspruch Badens auf eine Berücksichtigung aus diesen Mitteln stets anerkannt. Von Seiten der beteiligten Länderregierungen wurde in den Verhandlungen gegenüber dem gleichzeitig angemeldeten Ansprüche Hessens geltend gemacht, daß diese Mittel nach denselben Grundsätzen verteilt werden müßten, wie der bereits in dem vorigen Rechnungsjahr zur Ausschüttung gelangte Hauptteil des Fonds. Sie begründeten ihre Auffassung in erster Linie mit der haushaltrechtlichen Erwägung, daß es sich nicht um zwei verschiedene Fonds, sondern nur um einen mit einer einheitlichen Zweckbestimmung vorgesehenen Fonds handle, der daher nur nach den gleichen Grundsätzen zur Verteilung gelangen könne. Da Baden wegen seiner früheren Berücksichtigung aus dem Grenzfonds des Herrn Reichsminister des Innern im alleseitigen Einvernehmen bei der Ausschüttung des Hauptteils des Fonds im Jahre 1927 von mir nicht zu berücksichtigen war, so konnte die Aukerung der Ländervertreter nicht nur dahin verstanden werden, daß bei der Verteilung des Hauptteils des Fonds die Länder mit Grenzbezügen im eigentlichen Sinne zu bedenken, also dessen von der Berücksichtigung auszuscheiden sei, sondern auch dahin, daß der Kreis der bezugsberechtigten Länder gegenüber der Verteilung des Hauptfonds nicht geändert werden dürfe, also auch Baden einen Anteil an den Restmitteln nicht habe solle. Ich habe diese Frage der Reichsregierung zur Entscheidung unterbreitet und bin für eine Berücksichtigung aller fünf an dem besetzten Gebiet beteiligten Länder aus den restlichen Grenzlandfonds eingetreten. Die Reichsregierung hat sich in diesem mit Mehrheit für die engste der gedachten Auffassungen entschieden und eine Erweiterung des Kreises der bezugsberechtigten Länder gegenüber der Verteilung des Hauptfonds abgelehnt.“

Nachdem die heftigste Staatsregierung sich inzwischen mit jener Entscheidung der Reichsregierung abgefunden hat, bin ich auf verschiedene Vorstellungen des badischen Staatsministeriums an die Regierungen von Preußen und Bayern erneut herangetreten mit der Frage, ob sie gegen eine Berücksichtigung Badens, dessen Grenzlandbezugsberechtigung nicht zu betreffen ist, jetzt noch Bedenken zu erheben hätten. Eine Berücksichtigung Badens aus dem Rest der Grenzlandfonds ist möglich, da ich in Erwartung badischer Schritte vorzuzugriff ich angemessenen Betrag zurückerhalten habe. Wie mir bereits fernmündlich mitgeteilt worden ist, werden von Seiten dieser beiden Länder Bedenken gegen eine Einbeziehung Badens in den Kreis der zu bedenkenden Länder nicht mehr erhoben. Sobald mir die schriftliche Antwort der beiden Länderregierungen vorliegt, werde ich die Reichsregierung abermals mit der Angelegenheit befaßen und die Abänderung des vorliegenden, der Berücksichtigung Badens ungunstigen Beschlusses erwirken.“

Eine Reichs-Unfallverhütungs-Woche (R. U. W.)

wird in der letzten Januarwoche (20. bis 26.) des nächsten Jahres vom Verband der Deutschen Berufsvereinigungen mit dem Verband der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, denen gesetzlich die Sorge für die Unfallverhütung obliegt, und unter Mitarbeit sämtlicher daran interessierter Behörden, Organisationen und Verbände veranstaltet. Insbesondere hat der Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung seine Mitarbeit und seine Erfahrungen in den Dienst der Sache gestellt. Das Ziel der R. U. W. ist, durch eine großartige Aufklärungsaktion unter den Arbeitern, Angestellten und im allgemeinen Laienpublikum wegzuräumen auch in den Schulen Verständnis für die Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Unfallverhütung zu wecken, und dadurch die immer noch erschreckend hohen Unfallziffern in den gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben, den öffentlichen Verkehrsmitteln sowie im Straßenverkehr herabzumindern.

Badischer Verkehrsverband

Der Badische Verkehrsverband hielt seine Herbsttagung in Rehl ab. Die Tagung wurde geleitet vom Vorsitzenden, Generalkonsul Wenzinger, Karlsruhe, der die aus allen Teilen des badischen Landes Erschienenen herzlich willkommen hieß. Namens der Stadt Rehl begrüßte Bürgermeister Dr. Kraus die Erschienenen, wobei er nicht versah, auf die kürzlich erschienene Denkschrift über die Notlage der Stadt hinzuweisen.

Sehr eingehend befaßte sich die Versammlung mit Verkehrsfragen. Es wurde lebhaft über ungunstige Verbindungen geklagt und die Einführung durchgehender Poststrahllinien gefordert. Die Kleinbahnen und ihre Fahrpläne wurden außerordentlich lebhaft kritisiert. Ebenso wurde gefordert über die Jurisdiktion Badens in bezug auf die Elektrifizierung der Schwarzwaldbahn. Es sei unbedingt notwendig, daß ein Schwarzwaldbepfropfung eingerichtet würde, der von Stundinaven über Berlin nach dem Schwarzwald führe. Auch mit der Neuordnung der Tarifgestaltung der Reichseisenbahnen befaßten sich die Redner. Besonders bemängelt wurden die hohen Schnellzugzuschläge, die ungerechtfertigt seien, wenn die Züge außerordentlich oft hielten. Notwendig erweise sich auch ein Winterportzug von Basel in das Feldberggebiet. Für Baden, das lang aus den ganzen Ausführungen immer wieder heraus, ist eine gesunde Fremdenindustrie die Voraussetzung. Daß auch Grenzlandfragen lebhaft erörtert wurden, war bei der kürzlich erfolgten Ermächtigung der französischen Visa-gebühren selbstverständlich.

Aus der badischen Industrie

125jähriges Geschäftsjubiläum in Bruchsal. Die Firma Louis Oppenheimer in Bruchsal kann in diesem Jahre auf ihr 125jähriges Bestehen zurückblicken und zwar mit der seltenen Tatsache, daß das Unternehmen stets in der Familie geblieben und auch in den vielen Jahrzehnten trotz aller wirtschaftlichen Umstellungen der gleiche Artikel fabriziert bzw. in letzten Jahren statt der Fabrikation von Militärrudern nur noch Großhandel betrieben wurde. Ein Unternehmen von weithin über die Grenzen des engeren Vaterlands reichendem Ansehen.

Aus den Parteien

In Verholzheim fand unter Anwesenheit des Parteisekretärs, Prälat Dr. Schofer, die Wahlkreisversammlung Emmendingen-Loth statt, bei der folgende Kandidaten einstimmig nominiert wurden: Stationsvorsteher Senker, Kippenheim, Regierungsrat Dr. Hoffmann, Freiburg, Diözesanpräses Dr. Schall, Freiburg.

Vorläufige Ergebnisse des Eintragungsverfahrens zum Volksbegehren „Panzerkreuzerverbot“

Mitgeteilt vom Bad. Statistischen Landesamt

Table with 11 columns: Amtsbezirke und Landeskommissärbezirke, Stimmberechtigte (nach den Stimmlisten, aufgestellten Stimmzettel, überhaupt), Zahl der Eintragungen (überhaupt, auf 100 Stimmberechtigte), Amtsbezirke, Landeskommissärbezirke, Land im ganzen und Städte mit über 20000 Einwohnern, Stimmberechtigte (nach den Stimmlisten, aufgestellten Stimmzettel, überhaupt), Zahl der Eintragungen (überhaupt, auf 100 Stimmberechtigte). Rows include various districts like Donaueschingen, Emmendingen, Freiburg, etc.

* Für die Reichstagswahl am 20. Mai 1928.

* Für die Reichstagswahl am 20. Mai 1928.

Eine Entschließung der süddeutschen Landwirtschaftskammern

Bei der am 8. und 9. Oktober in Darmstadt abgehaltenen Konferenz sämtlicher süddeutscher Landwirtschaftskammern wurden folgende einstimmige Entschließungen gefaßt:

Die anstehende ernste Wirtschaftslage der Landwirtschaft veranlaßt die süddeutschen Landwirtschaftskammern, die Reichs- und Landesregierungen auf den drohenden Zusammenbruch vieler Betriebe hinzuweisen und baldige wirksame Abhilfe zu fordern. Das Mißverhältnis der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Bedarfsartikel, die ständig steigenden Steuern und sozialen Lasten, die mangelhaften Arbeitsverhältnisse müssen zwangsläufig zum Ruin unserer landwirtschaftlichen Betriebe führen. Wir anerkennen die Absicht der Reichsregierung, die Selbsthilfemaßnahmen der Landwirtschaft in der Richtung der Rationalisierung der Herstellung von Qualitätswaren und der Absatzförderung zu unterstützen und bitten um die Fortsetzung dieser Förderungsmaßnahmen. Aber die Mittel reichen nicht an die Wurzeln unserer Not. Wir brauchen vor allem der Geldverwertung angeglichene Preise und Herabsetzung der Steuern und Lasten und zwar in kürzester Frist. Diese Hilfe kann nur durch die Reichsregierung erfolgen. Wirksame Hilfemaßnahmen, wie z. B. die jehzeitige Erzeugung und Bedarfsartikel, die die Höhe des schwedischen Handelsvertrages und die Sicherstellung der Vermahlung des Inlandsgetreides in den deutschen Mühlen, sind von den süddeutschen Landwirtschaftskammern schon längst vorgeschlagen worden und müssen sofort eingeführt werden. Kann sie sich nicht entschließen, die erforderlichen Schritte in allerhöchster Zeit zu unternehmen, so trägt sie die alleinige Verantwortung an dem Untergang eines Standes, der bis jetzt immer noch die Hauptstütze eines geordneten Staatswesens war. Wir halten es für unsere Pflicht, in ernstester Stunde auf die Unhaltbarkeit der jetzigen wirtschaftlichen Zustände der Landwirtschaft und auf die im Hintergrund stehenden Gefahren mit größtem Nachdruck hinzuweisen und die Reichsregierung auf die ersten Folgen aufmerksam zu machen, die mit einer weiteren Verschleppung von wirksamen Abhilfemaßnahmen verbunden wären.

In der Entschließung zur Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms wird gefordert, eine beschleunigte Abwicklung des Notprogramms, insbesondere zur Verbesserung der Produktions- und Absatzverhältnisse sowie weitere Mittel aus dem Reichssetat zur Fortführung dieser Maßnahmen bereitzustellen. In der Entschließung zu dem Entwurf eines Gesetzes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat vertreten die süddeutschen Landwirtschaftskammern den Standpunkt, daß sowohl in der bisherigen Zusammensetzung, als auch in der des neuen Geschenwurfs den berechtigten Interessen der Landwirtschaft nicht Rechnung getragen worden sei. Die Landwirtschaft müsse angesichts der Produktionsbeurteilung der deutschen Landwirtschaft innerhalb der deutschen Volkswirtschaft die Mindestforderung stellen, daß sie ein Drittel der Sitze im endgültigen Reichswirtschaftsrat erhalte.

Gräberbesuche in Elßaß-Lothringen an Allerheiligen und Allerseelen

Wie in den Vorjahren soll für die Tage Allerheiligen und Allerseelen zum Besuch von Gräbern die erleichterte Einreise in Elßaß-Lothringen gestattet werden. Die Visumgebühren sind herabgesetzt worden. Die französischen Konsulate haben Anweisung erhalten, nach Vorweis einer Bescheinigung des elßaß-lothringischen Bürgermeistersamts, daß in der betreffenden Gemeinde Gräber von Angehörigen des Antragstellers sich befinden, das Visum zu den herabgesetzten Gebühren zu erteilen. Die Einreiseerlaubnis wird an den Übergangsstellen nach Vorlage des obigen Nachweises und eines Passes auch von den Grenzkommissaren erteilt.

Tagungen

Auf der Bundestagung deutscher Geflügelzüchter in Frankfurt wurde einstimmig Schweiningen als Kongreßstadt für 1929 bestimmt. Diese Reichstagung des Bundes deutscher Geflügelzüchter, die voraussichtlich am 9. Juni 1929 stattfindet, ist der größte Kongreß, der bis jetzt in Schweiningen tagte. Für die Versammlungen wird eine Zeltunterkunft gebaut werden müssen, die mindestens 5000-7000 Personen faßt.

Aus der Landeshauptstadt

Autostatistik. Innerhalb eines Jahres hat sich die Zahl der Kraftfahrzeuge in unserer Stadt um 565 auf 3520 erhöht. Die Steigerung beträgt 22 Prozent (Reichsdurchschnitt 29 Prozent). 18 Prozent aller Kraftfahrzeuge sind ausländischen Ursprungs.

Die Badischen Lichtspiele im Konzerthaus bringen in dieser Woche wieder ein hervorragendes Filmwerk unter dem Titel: „Das Haus der Käse“. Der eigentliche Titel lautet: „Arme kleine Hedwig“. Den Handlungstoff bildet das bekannte Bühnenwerk des berühmten nordischen Dichters Henrik Ibsen, der in seinen Schauspielen die eigentlichen menschlichen Probleme behandelt und stets für die Wahrheit kämpft. In diesem Filmwerk werden zwei verschiedene geartete Periode nteile geschildert. Die spannende und dramatische Handlung ist für den Film ausgezeichnet herausgearbeitet. Die verschiedenen Rollen liegen in Händen berühmter Filmdarsteller. Durch die scharfe Charakterisierung erhält die Handlung ein geschlossenes Bild. Dieser Bildstreifen verdient weite Beachtung, ein Besuch ist daher nur zu empfehlen. — Im Reziprogramm bringt die Opeletheaterkompanie neben neuen und interessanten Aufnahmen einen schönen Film über die Kunst und Technik des Glasbläfers.

Nafael Schermann, der bekannte Psychographologe, wurde durch die Konzeptionsdirektion Kurt Neufeld für einen zweiten Lichtbildvortrag gewonnen, der unter dem Motto: „Liebe und Verbrechen in der Sandstrasse“ am 23. Oktober im Karlsruher Eintrachtssaal stattfinden wird. Da beim ersten Karlsruhe-Verbrechensfilm dieses berühmtesten aller Graphologen Hunderte keine Karten mehr bekommen konnten, ist es ratsam, sich rechtzeitig einen Platz zu sichern.

Wetternachrichten des Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Die flachen, als Randwirbel der Isobaryklone über das Festland hinwegziehenden Tiefteie brachten gestern verbreiteten Regen. Heute morgen ist bei uns schon vielfach Aufhellung eingetreten. Im Westen liegt zwar noch eine Tiefdruckrinne, die uns aber nicht wesentlich beeinflussen wird. — Wetterausblick: Zeitweise heiter, vorwiegend trocken und tagsüber milde, lokale Frühlnebel.

Kampf der Polizei mit Verbrechern

Der Kölner Kriminalpolizei ist es Sonntag abend gelungen, das wegen Raubes, Raubmordes und Erschießung eines Polizeibeamten in Gladbach gesuchte Mörderpaar Heidger auffindig zu machen. Es kam zu einer Schießerei, in deren Verlauf der jüngere Heinrich Heidger erschossen wurde, während es dem älteren Johann Heidger gelang, sich der Verhaftung zu entziehen. Die Verbrecher schwangen sich auf einen Wagen der Straßenbahnlinie und zwangen mit vorgehaltenem Revolver Fahrer, Schaffner und Fahrgäste, den Wagen zu verlassen. Sie löschten sämtliche Lichter in dem Wagen aus und raffen dem Zoologischen Garten zu. Sie verließen im schnellen Lauf den Wagen und eilten furend den Anlagen zwischen dem ehemaligen Vergnügungspark und dem Rheinufer zu, die von der Polizei umzingelt wurden, wobei es dann zu einem langen Feuergefecht kam. Bei den Kämpfen wurden ein Zivilist und ein Beamter schwer verletzt. Bisher ist es der Polizei noch nicht gelungen, den älteren Johann Heidger habhaft zu werden. Zur gleichen Zeit, als sein Bruder Heinrich Heidger auf der Flucht tödlich getroffen zusammenbrach, sank auch Johann Heidger für einen Augenblick in die Knie, raffte sich aber wieder auf und raffte weiter. Es ist also anzunehmen, daß auch er verwundet worden ist. Seitdem ist Johann Heidger verschwunden. Ein gewaltiges Aufgebot von Kriminal- und Polizeibeamten ist fieberhaft auf der Suche. Der Häuserblock in der Niehler Straße, wo der Verbrecher zuletzt auf seiner Flucht gesehen wurde, ist dicht umstellt. Einzelne Häuser werden abgesehen. Ob Heidger überhaupt noch in diesem Häuserblock oder in der Nähe befindet, ist ganz ungewiß.

In Berlin-Neinickendorf kam es Montag abend, kurz nach 10 Uhr, bei der Erfassung von drei Dieben zu schweren Tumulten, bei denen ein Polizeibeamter, um sich vor der angreifenden Menge zu schützen, von seiner Schutzwaffe Gebrauch machen mußte. Einer der Diebe wurde in den Leib getroffen und schwer verletzt. Das Überfallkommando mußte zur Hilfe gerufen werden. Erst jetzt gelang es den Beamten, mit dem Gummihüpfel in der Hand die über hundertköpfige Menge auseinander zu treiben.

Gemeinderundschau

Rücktritt vom Amte. Bürgermeister Weishaupt in Weiskirch, der seit 1905 Bürgermeister der Stadt Weiskirch ist, hat dem Gemeinderat mitgeteilt, daß er vor Beendigung seiner Amtsperiode, die noch drei Jahre laufen würde, von seinem Amte entbunden sein möchte. Bürgermeister Weishaupt gehörte der früheren Zweiten Kammer als Mitglied der National-liberalen Partei von 1909 bis 1913 an. Nicht zu verwechseln ist Bürgermeister Weishaupt mit dem jetzigen Zentrumsabgeordneten Staatsrat Weishaupt in Pfalldorf.

Der Bürgerausschuß Wallburen befaßt sich mit der Festsetzung der Steuergrundbeträge für das Rechnungsjahr 1928 und mit dem Voranschlag des Rechnungsjahres 1928. Die Steuergrundbeträge wurden mit 35 gegen 21 Stimmen wie folgt festgesetzt: Grundvermögen 60, Betriebsvermögen 24 und Gewerbebeitrag 300 Pf. Der Voranschlag sieht in Ausgabe 445 267 und in Einnahme 372 734 RM vor. Zur Deckung des Fehlbetrages von 72 532 RM sind 215 Hunderteile der festgesetzten Steuergrundbeträge erforderlich, so daß die Um-lage für das Jahr 1928 für das Grundvermögen 129, für das Betriebsvermögen 51 und für den Gewerbebeitrag 645 Pf je 100 RM Steuerwert beträgt. Der Voranschlag selbst wurde ohne Debatte einstimmig genehmigt.

Der Breitenor Voranschlag. Zu einer ziemlich erregten Sitzung kam es im Bürgerausschuß Breiten. Zunächst wurden ohne wesentliche Debatte mehrere kleinere Vorlagen erledigt. Dabei gab u. a. der Bürgerausschuß seine Zustimmung, daß die Stadtgemeinde zur Errichtung einer Wandererherberge das Gefängnisgebäude mit einem Aufwand von 25 750 RM erwirbt. Bei der nun folgenden Beratung des städtischen Voranschlags machte der Bürgermeister zunächst längere Ausführungen, wobei er den allgemeinen Fortschritt der städtischen Betriebe hervorhob. Es bleibt ein ungedeckter Aufwand von 161 000 RM. Die Steuern auf verteilen sich mit 101 Pf auf Grundvermögen, 51 Pf auf Betriebsvermögen und 630 Pf auf Gewerbebeitrag. Bei der Aussprache über den Voranschlag wurde von der deutschnationalen Bürgerausschußfraktion eine Entschließung zur Verlesung gebracht, worin dem Gemeinderat das größte Mißtrauen ausgesprochen wird. Die anderen Parteien verwarfen sich in sehr scharfer Weise gegen die deutschnationale Entschließung. Schließlich verließen sämtliche Mitglieder von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratischen Partei den Sitzungssaal. Das Haus war dadurch beschlußunfähig geworden, und zur weiteren Beratung des Voranschlags wird eine neue Sitzung anberaumt werden müssen.

Rathausumbau in Söllingen. Das Rathaus zu Söllingen, im Jahre 1785 erbaut, das sich seit längerem als zu klein erwies, sollte bereits vor dem Kriege einen Umbau und eine Erweiterung erfahren. Der Ausbruch des Krieges verzögerte die Ausführung um anderthalb Jahrzehnte. Im August d. J. wurde mit den Bauarbeiten begonnen nach dem Entwurf v. Karl Mall jr., Karlsruhe, einem geborenen Söllinger. Der traditionelle Baustil wurde gewahrt und der Erweiterungsbau architektonisch dem alten Rathaus angegliedert. Als Gegenstück zu dem bisherigen Rathauseingang — der bestehen bleibt — wurde auf der rechten Seite ein Tormotiv mit Brunnenschale geschaffen. Im Innern entfiel ein neues Treppenhaus aus Pfingstaler Sandstein. Im zweiten Stock wird das feuerfeste Archiv (für das Grundbuchamt) in Eisenbeton erbaut.

Forderung nach einer Verbindung Raßatt-Kehl. In jüngster Zeit wird viel von der Kollage Kehl gesprochen, aber nicht allein Kehl leidet unter der Abschirmung, sondern, wie aus Freistadt gemeldet wird, alle Gemeinden, welche in der Nähe Strahburgs liegen, das als Arbeitsgebiet für die Arbeiterschaft verloren ist und deshalb so viele Arbeitslosenunterstützung beziehen müssen. Zu begründen wäre für die Landgemeinden vor allem der Bau einer Normalbahn von Raßatt nach Kehl, denn mit der Kleinbahn verlieren alle Industrie und Geschäftsleute, welche eine solche Verbindung nicht brauchen können. Die Bestrebungen des Wohnbaues müßten mit allen Mitteln unterstützt werden. Nur so kann die Bevölkerung wieder vorwärts kommen, denn tatsächlich verschuldet sich das früher reiche Hanauerland immer mehr.

Kreisuberkulosefürsorge in Offenburg. Nach der mit dem Kreis Offenburg getroffenen Vereinbarung errichtet die Stadt auf dem Krankenhausgelände ein kleines Gebäude zur Unterbringung der Kreisuberkulosefürsorge. Das Gebäude soll vier Räume mit Zubehör enthalten. Der Aufwand von 18 000 RM soll vom Kreis bezinst und getilgt werden.

Steigende Fremdenverkehrsziffern in Freiburg. Im dritten Vierteljahr 1928 hat Freiburg eine Fremdenverkehrsziffer von 52 394 (1927: 50 445) zu verzeichnen gehabt. Etwa ein Sechstel davon waren Ausländer.

Der Schuldenstand der Stadt Singen a. S. Nach dem Stand vom 1. April betragen die Schulden der Stadt Singen rund 7 Millionen Reichsmark. Hinzu kommen für das laufende Jahr an Kreditbedarf rund 1,6 Millionen Reichsmark, so daß am Ende des Jahres eine Gesamtschuld von 8,6 Millionen Reichsmark bestehen dürfte. Die Aufwertungsschulden betragen 260 000 RM.

Kurze Nachrichten aus Baden

Hd. Helmstadt (bei Sinsheim), 22. Okt. Bürgermeister a. D. Adolf Lauer feiert heute seinen 67. Geburtstag. In Würdigung seiner Verdienste als Bürgermeister der Gemeinde Helmstadt hat ihm diese auf den heutigen Tag das Ehrenbürgerrecht verliehen.

D. Gamssturt (Wühl), 22. Okt. Gestern wurde die Weihe unseres neuen Gotteshauses durch Weihbischof Dr. Burger vollzogen. An Stelle der feinerzeit von einem Brandunglück heimgeführten Kirche hat Ministerialrat Dr. Girsch ein herrliches, heimatsgeschichtlich wertvolles Kunstwerk geschaffen. Bei der weltlichen Feier sprachen u. a. Pfarrer Busam, der Pfarrer Oberbürgermeister Renner und Ministerialrat Dr. Girsch. Die Festpredigt hatte Prof. Kaiser aus Säckingen übernommen.

D. Kehl, 22. Okt. Gestern fand die feierliche Einweihung des an die Christuskirche angebauten evangelischen Gemeindehauses statt. An der feierlichen Feier, bei der Pfarrer Dreulster die Feierrede hielt, nahmen Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden teil. Als Vertreter der badischen Kirchenregierung war Kirchenpräsident Wurth erschienen.

D. Geringen b. Vörsach, 22. Okt. Über Unregelmäßigkeiten bei der Sparkasse wird gemeldet, daß der Geschäftsführer der Sparkasse ist. Den Einlegern werden Verluste wohl nicht entstehen, da von anderer Seite Sicherheiten geleistet wurden. Es besteht Neigung, die Geringer Kasse der Bezirks Sparkasse Vörsach anzugliedern. Sowohl von der Aufsichtsbehörde wie auch von der Staatsanwaltschaft ist ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

D. Freiburg i. Br., 22. Okt. Wie die „Freiburger Tagespost“ meldet, hat der bekannte Warenhauskonzern Tietz A.-G. das Anwesen Eisenbahnstraße 52, Ecke der Rottefstraße, käuflich erworben, um auf diesem Grundstück ein modernes Warenhaus zu errichten. Mit dem Neubau, für den ein bekannter Freiburger Architekt die Pläne ausarbeitet, soll 1930 begonnen werden.

D. Donaueschingen, 22. Okt. Das Gymnasium feierte vorgestern und gestern sein 150jähriges Bestehen. Aus allen Teilen des Deutschen Reiches zogen die ehemaligen Donaueschinger Schüler herbei, um diese Tage mitzufeiern. Am Samstagabend und Sonntagvormittag fanden dramatische Vorstellungen der Schüler statt. Der Sonntagvormittag brachte Festgottesdienste beider Konfessionen. In der katholischen Stadtkirche gelebte Stadtpfarrer Dr. Feuerstein ein lebendiges Hochamt. Prof. Dr. Hochstuhl hielt die Festpredigt. In der evangelischen Stadtkirche predigte ein ehemaliger Schüler, Stadtpfarrer Hindelang, Karlsruhe. Anschließend fand eine Gefallenenehrung statt, bei der Vikar Huber die Gedenkrede hielt. Ministerialdirektor Dr. Huber und Oberregierungsrat Dr. Brohm nahmen als Vertreter des Badischen Unterrichtsministeriums an den Feierlichkeiten teil.

W. Basel, 20. Okt. Auf Beschluß des evangelischen reformierten Kirchenrats von Basel-Stadt erfolgte die Umbettung der Gebeine des großen Humanisten Erasmus von Rotterdam, der im Jahre 1536 in Basel gestorben ist und im Basler Münster beigesetzt war. Die Umbettung der Gebeine erfolgte, weil das ursprüngliche Grab im 19. Jahrhundert durch einen Heizungsstapel angeschlossen wurde und nicht mehr als würdige Grabstätte gelten konnte. Die Gebeine, welche in eine eiserne Sargkassette gelegt wurden, wurden in der neuen Gruft der Schuler-Kapelle im Münster zu Basel beigesetzt.

Hd. Straßburg, 22. Okt. In Straßburg starb der Generaldirektor der Seidenfabrik, Dr. E. Kronner, im Alter von 80 Jahren. Der Verstorbenen war eine ganz besondere Autorität auf dem Gebiete der Kunstseide. Er hatte mancherlei neue Verfahren ausgedacht und zahlreiche Erfindungen an Maschinen ausgeführt. In zahlreichen Ländern hat er die größten und bekanntesten Kunstseidenfabriken ins Leben gerufen oder eingerichtet.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

des Präsidenten des Landesamts Südwestdeutschland der Fachabteilung für das Hotel- und Gastwirtsgerwebe. Für den für die Fachabteilung für das Hotel- und Gastwirtsgerwebe auf Grund des § 27 Abs. 1 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 18. Juli 1927 (RGW. I S. 187) zu bildenden Sachausschuß sind gemäß § 27 Abs. 2 a. o. D. und § 3 der Geschäftsordnung der Fachabteilungen je fünf Beisitzer aus dem Kreis der Arbeitgeber

und Arbeitnehmer und je fünf Stellvertreter zu bestellen. Ich ersuche die wirtschaftlichen Vereine, Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Hotel- und Gastwirtsgerwebes, ihre Vorschlagslisten bis spätestens 1. November 1928 bei mir einzureichen.
Stuttgart, den 20. Oktober 1928.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurufbeförderungen usw. der planmäßigen Beamten aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Ernannt:
Zum Gendarmeriekommissar Gendarmetoberwachmeister Johann Goller in Gernsbach, Amt Rastatt.

Justizministerium

Ernannt:
Kanzleihilfe Johann Afor beim Amtsgericht Karlsruhe zum Kanzleiaffistenten, Oberwachmeister Karl Fröhlich beim Oberlandesgericht zum Hausmeister, Hausmeister Emil Dorch, beim Amtsgericht Durlach, zum Oberwachmeister beim Landgericht Karlsruhe.

Berufe:

Justizobersekretär Josef Spiegelhalter, beim Amtsgericht Gengenbach, zum Amtsgericht Freiburg.

Zurufbefehl auf Antrag:

Amtsgerichtsrat Dr. Friedrich Krautinger in Vörsach bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Abertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes auf Ende Januar 1929:

Hausmeister Andreas Seibel beim Oberlandesgericht.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Hauptlehrer Ludwig Haas, in Mannheim, zum Rektor dafelb.

Entlassen auf Ansuchen:

Gartenmeister Richard Scholz, am botanischen Garten der Universität Freiburg.

In den Ruhestand versetzt:

Rektor Johann Braun an der Volksschule (Hilfsschule) in Karlsruhe, Hauptlehrer Johann Stöcker an der Volksschule in Gspasingen, Amt Todach, auf sein Ansuchen, Hauptlehrerin Regina Marx an der Volksschule in Mannheim auf ihr Ansuchen, Hauptlehrerin Martha Rose an der Elisabethschule in Mannheim auf ihr Ansuchen — bis zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit.

Schaffer-Gilde

Spar-, Kredit- u. Baukasse der Schaffer

KARLSRUHE Stephanienstraße 74

Wir bringen eine Woche lang, vom Samstag, den 20. Oktober, bis Sonntag, den 28. Oktober, täglich jeweils von 9 bis 18 Uhr unser

PROBEHAUS

auf dem ehemaligen Neureuter Exerzierplatz, westlich der Linkenheimer Landstraße, zur Ausstellung. Besichtigung 30 Rpf.

Postombibusverbindung jeweils nach Bedarf ab Linkenheimer Tor (Gasthaus zum Mohren).

Eintracht
Dienstag, 23. Oktober
abends 8 Uhr
Lichtbildervortrag
Rafael
SCHERMANN

„Liebe und Verbrechen in der Handschrift“

Er zeigt zahlreiche Schriften von Menschen, die ganz normal, ganz gleichmäßig aussehen und aus denen wohl niemand Selbstmordabsicht, Verbrechen, gute oder schlechte Anlagen, vorhandene und drohende Krankheiten usw. erkennen würde.

Die Notwendigkeit, der Beobachtung der Schrift im öffentlichen, privaten und kaufmännischen Leben wird in seinem kürzlich erschienenen Buche: „Die Schrift lügt nicht!“ haarscharf begründet.

Beinahe phantastisch ist die neuerlich bewiesene Fähigkeit Schermanns, sich in das Wesen einer ihm bisher völlig unbekannt Person so einzufühlen, daß er in deren Schrift schreiben kann, ohne diese jemals vorher gesehen zu haben.

Aus dem Gekritzel des kaum dem Säuglingsalter entwachsenen Kindes erkennt Schermann mit absoluter Sicherheit dessen Wesen und Art.

Das Erziehungsproblem nimmt im Buche Schermanns einen breiten Raum ein.

Viel, was Eltern und Erzieher bei sorgfältigster Beobachtung des Kindes nicht erkennen, offenbart ihm die Schrift. An einer ganzen Reihe von Beispielen weist er nach, zu welchen Katastrophen solche unbeachtet gebliebenen Erscheinungen in der Schrift der heranwachsenden Jugend führen können, wenn sie nicht rechtzeitig erkannt werden.

Für den Karlsruher Vortrag sind noch Karten zu 2, 3, 4 und 5 RM. bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 39, zu haben.

Als Bieler wird nur zugelassen, wer sich im Besitze eines Jagdpasses befindet, oder durch ein Zeugnis der zuständigen Behörde nachweisen kann, daß gegen die Erteilung eines Jagdpasses keine Bedenken bestehen. Der Entwurf des Jagdpachtvertrags liegt auf dem Rathaus zur Einsichtnahme durch die Interessenten auf.

Kammersweier, 19. Okt. 28. Der Gemeinderat: Jungel, Bürgermeister.

Freihändiger Holzverkauf
Forstamt Herrenwies in Forbach. Dienstag, 30. Okt. 1928: 4500 im Nadelstammholz aller Klassen. Losverzeihnisse durch das Forstamt (Herrnruf Forbach 15).

Badisches Landestheater
Mittwoch, 24. Oktober
E. A. Th. - Gem. 451-600
Das Weib des Jephtha
Drama von Biffauer
Mitwirkende:
Vertam, Emant, Frauenborfer, Genter, Quaiser, Hiegler, Vortfeldt, Brand, Gemmecke, Graf, Herz, Just, Kiencher, Küster, Schneider, Schulze, v. d. Trend
Anfang 20 Ende geg. 22
Kreife A (0,70-5,00 RM.)
Do. 25. Okt., Ein Musikball.
Freitag, 26. Oktober,
Der Barbier von Bagdad.
Sa. 27. Okt., zum erstenmal
Das Leben König Edwards II.
von England.
So., 28. Okt., Vohengrin.
Im Konzerthaus: Zum
erstenmal: Die Frau, die
jeder sucht. Mo., 29. Okt.,
Armba. Di., 30. Okt.,
Volltuben.

Karlsruhe. 21. 927
Güterrechtsregisterinträge:
1. Zu Band 1 Seite 142:
Sodapp Alfred, Postbeamter, Karlsruhe, und Elise geb. Reiter. Vertrag vom 6. Oktober 1928. Errungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 15. 10. 1928.
2. Seite 143: Rumpacher Friedrich, Kaufmann, Karlsruhe, und Johanna geb. Wolf. Vertrag vom 13. Oktober 1928. Gütertrennung. 17. 10. 1928.

3. Seite 144: Bosh Franz, Kaufmann, Karlsruhe, und Karoline geb. Ludwig. Vertrag vom 11. Oktober 1928. Gütertrennung. 19. 10. 1928.
4. Seite 145: Bender Alfred, Antiquar, Karlsruhe, und Hilba geb. Faller. Vertrag vom 11. Okt. 1928. Errungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 19. 10. 1928.
5. Seite 146: Mathes Karl, Ingenieur, Karlsruhe, und Valista geb. Berlein. Vertrag vom 18. Oktober 1928. Gütertrennung. 19. 10. 1928.

Jagdversteigerung.
Die Gemeinde Kammersweier versteigert am Samstag, den 3. November 1928, nachmittags 5 Uhr, auf dem Rathaus die Ausübung der Gemeindejagd mit sofortiger Wirkung, bestehend aus 377 ha, darunter 83 ha Waldungen, auf weitere 6 Jahre. 3.21

Das badische Sprachlehrbuch in Neubearbeitung vollständig

Sprachbuch für Volksschulen

Dritte Auflage
Nach den Bestimmungen des Unterrichtsplans für die Volksschule vom 12. April 1924 im Anschluß an das Lesebuch neu bearbeitet von
R. Pauer, Emmendingen, E. Geller, Mannheim, R. Höfler, Bruchsal und G. Wehringer, Durlach

Erscheinungsweise und Preis:

Heft 1 (1. Schuljahr) Methodische für Lehrer 0,50 RM
Heft 2 (2. Schuljahr) Schülerausgabe 0,30 RM, Lehrerausgabe 1,00 RM
Heft 3 (3. Schuljahr) Schülerausgabe 0,35 RM, Lehrerausgabe 1,25 RM
Heft 4 (4. Schuljahr) Schülerausgabe 0,45 RM, Lehrerausgabe 1,65 RM
Heft 5 (5. Schuljahr) Schülerausgabe 0,45 RM, Lehrerausgabe 1,75 RM
Heft 6 (6. Schuljahr) Schülerausgabe 0,70 RM, Lehrerausgabe 2,65 RM
Heft 7 (7. Schuljahr) Schülerausgabe 0,65 RM, Lehrerausgabe 2,50 RM
Heft 8 (8. Schuljahr) Schülerausgabe 0,80 RM, Lehrerausgabe 3,00 RM
Die Heftnummern entsprechen nummehr den Schuljahren!

Das Urteil der Praktiker:

Lehrplan und Lesebuch sind neu geschaffen worden. Daß die dadurch bedingte Neubearbeitung des Sprachbuches grundsätzlich die Forderungen des Lehrplans erfüllt, daß es ferner die im amtlichen Lesebuch gebotenen Übungsmöglichkeiten ausschöpft, daß es endlich, aus dem Heimatboden erwachsen, den Verhältnissen und Bedürfnissen der heimatischen Sprachpflege besonders Rechnung trägt, das ist alles eigentlich selbstverständlich und sei nur deshalb besonders erwähnt, weil sich das Wert dadurch von anderen Sprachbüchern, darunter auch solchen ursprünglich fremder Herkunft und darum notwendigerweise mit anderen Zielen und Aufgaben, vorteilhaft unterscheidet. Darüber hinaus aber erscheint das Wert auch deshalb für unsere badische Schule als das gegebene, weil es sich auch in bezug auf den sachlichen Inhalt der Übungsstoffe (aus Heimatkunde, Erdkunde, Geschichte, Naturkunde) auf jeder Stufe durchweg dem Rahmen des Lehrplans einfügt.

Oberlehrer Leonhard Renner, Mingsheim
Unter maßvoller Betonung des Erarbeitungs- und Selbstbildungsgedankens verbindet es das bewährte Alte mit dem als richtig erkannten Neuen und ist für einfache und erweiterte Schulverhältnisse hervorragend geeignet.

Hauptlehrer F. Stumpf, Wühl
Der Aufbau ist gut und arbeitschulmäßig mit reichlichem, sachlichem Übungsmaterial. Die Wertchen sind an dem gleichartigen gegenüber wertvoller durch ihre Anpassung an den badischen Lehrplan und das badische Lesebuch, sowie durch die Angabe geeigneter Lesestücke für Sprachwörter.

Die Neuaufgabe gefällt mir sehr gut. Dieses Sprachbuch ist wirklich ein recht gutes Lehr- und Lernmittel für den Unterricht im Rechtschreiben und in der Sprachlehre und bietet reiches Material für Hausaufgaben.
Hauptlehrer E. Gutekunst, Oberharmersbach

Die Durchsicht der Hefte zeigt die vorteilhafte Neugestaltung. Recht begründbar ist der Anschluß an das neue Lesebuch. In den für das 2. und 3. Schuljahr bestimmten Hefen sind mit guter Absicht auch Übungsstücke in Schreibschrift aufgenommen. Der gefamte Stoff ist übersichtlich geordnet. Ein weiterer Vorzug springt sofort in die Augen: die einzelnen Gruppen und Übungen sind nicht zu umfangreich; es sind abgegrenzte methodische Einheiten, für deren Bewältigung die zur Verfügung stehende Zeit ausreicht.

Rektor Bender, Donaueschingen

Verlag G. Braun in Karlsruhe

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Druck G. Braun, Karlsruhe